

DIE SPITZE

Rauschgold

Süßer die Glocken nie klangen als jetzt zu der Vorweihnachtszeit. S'ist, als ob Englein singen, wenn der Präsident von Gesamtmetall, Kannegiesser, spricht, »dass unsere Mitarbeiter angemessen am Zuwachs und Erfolg beteiligt werden wollen und auch sollen«. Das neue Jahr scheint ein wirklich gutes zu werden. Die Wirtschaft soll weiter brummen, trotz Mehrwertsteuererhöhung. Und alle, die furchtbar wichtig sind (oder auch nicht) – Arbeitgeber, »Bild«-Zeitung, SPDler Beck und Müntefering – umschwirren uns wie Rauschgoldengel und verkünden, jetzt seien ordentliche Lohnerhöhungen fällig. Da kommt Feierstimmung auf.

Allerdings, auch wenn uns noch soviel süßes Geläut in den Ohren klingt: Es ist nicht alles Gold, was glänzt. Beim Rauschgoldengel ist es nur Aluminiumfolie. Manchmal ist auch Schweigen kein Gold – und Reden Blech. Zufällig fällt uns da der Rüttgers von der CDU ein, der älteren Arbeitslosen mehr Geld verheißt und sich darüber ausschweigt, dass er es jüngeren wegnehmen will.

Zu wissen, wer die Engel und wer die Bengel sind und wie sie zu behandeln sind, das wird 2007 für uns Metallerinnen und Metaller eine wichtige Herausforderung sein. – Aber erst mal wünschen wir allen unseren Leserinnen und Lesern schöne Feiertage. Und kommt gut ins Neue Jahr.

CDU-SOZIALPOLITIK

Große Mogelpackung

Die CDU gibt sich derzeit einen sozialen Anstrich. Doch die scheinbar arbeitnehmerfreundliche Politik ist aus Sicht der IG Metall eine große Mogelpackung. Zwar fordert auch die Gewerkschaft, älteren Arbeitslosen länger als 12 Monate Arbeitslosengeld zu zahlen. Doch dürfe das nicht zu Lasten anderer gehen. Eine Staffelung der Bezugsdauer nach Beitragsjahren würde Menschen benachteiligen, die aus unterschiedlichen Gründen nicht durchgehend berufstätig waren, wie Frauen und Junge.

Regelrecht zynisch nannte es der IG Metall-Vorsitzende Jürgen Peters, dass die CDU gleichzeitig den Kündigungsschutz lockern will. Erst Sorge sie dafür, dass Beschäftigte schneller ihren Arbeitsplatz verlieren, um ihnen dann als Trostpflaster ein längeres Arbeitslosengeld zu gewähren.

Auch das Vorhaben der CDU, Investivlöhne steuerlich stärker zu fördern, könnte einen Pferdefuß haben. Zwar spricht aus Sicht der

IG Metall nichts dagegen, die Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer an ihren Unternehmen zu beteiligen – vorausgesetzt, es geschieht freiwillig und nicht auf Kosten von Tarifierhöhungen. Doch selbst Wirtschaftsexperten beurteilen die Geldanlage im eigenen Betrieb skeptisch. Wer alle Eier in einen Korb legt, verliert alle, wenn der Korb hinfällt. Für Unternehmensanteile in Arbeitnehmerhand heißt das: Bei einer Pleite sind Job und Geld futsch.

Gerade in kleinen und mittleren Betrieben lässt sich eine Beteiligung auch nur mit großem Aufwand umsetzen. Nicht ohne Grund gibt es solche Beteiligungen vor allen Dingen in Aktiengesellschaften. Unklar ist oft, wie sich der Wert der Anteile einer GmbH berechnet. Wer seine Anteile zu Geld machen will, könnte im Fall eines Kleinbetriebs größere Schwierigkeiten bekommen. Aktien verkauft man an der Börse. Aber wer kauft Anteile eines Kleinbetriebs?

AKTIONEN IN BETRIEBEN

Proteste gegen Rente mit 67 laufen an

Der Protest gegen die unsoziale »Reformpolitik« hält an. Nach den Demonstrationen am 21. Oktober geht es in den Betrieben weiter. Ziel sind 2 Betriebe pro Verwaltungsstelle. Einige Verwaltungsstellen haben sich noch mehr vorgenommen. Besonders die geplante Rente mit 67 brennt unter den Nägeln. Das zeigt auch die derzeit laufende Umfrage in den Betrieben. Die Aktionen reichen von verlängerten Frühstückspausen über Analysen betrieblicher Altersstrukturen bis zu Demonstrationen mit Krückstöcken. Viele Verwaltungs-

stellen haben ihre Bundestagsabgeordneten zu Diskussionen und »Arbeitsproben« in den Betrieben eingeladen. Abgesehen von schriftlichen Stellungnahmen kamen bisher wenige Zusagen. Immerhin: Markus Söder (CSU) besichtigte MAN Diesel in Augsburg, Umweltminister Sigmar Gabriel (SPD) kommt zu VW Braunschweig. Auch in Bremen und Eisenach kamen SPD-Abgeordnete in die Betriebe. Erste Stellungnahmen: Bis 67 kann man wohl nicht arbeiten. Gegen die Rente mit 67 will man aber vorerst doch nicht stimmen.

22

DIE NÄCHSTE DIREKT
ERSCHEINT AM
17. JANUAR 2007

Inhalt

KRANKENSTAND:
»Fehlen kann ich
mir nicht leisten«

SEITE 2

FINANZINVESTOREN :
Neues IG Metall-Netz
Private Equity

SEITE 3

BESCHÄFTIGUNG:
Arm oder arbeitslos?
Für Alternativen

SEITE 4/5

STICHWORT:
Solidarisches
Sozialsystem

SEITE 6

ARBEIT UND RECHT:
Widerspruchsfrist bei
Betriebsübergang

SEITE 7

INFOS UND TIPPS

SEITE 8

direkt gefragt:

Personalabbau, Betriebsverlagerungen, der zunehmende Stress – wer traut sich da eigentlich noch, seine Grippe auszukurieren? direkt fragt:

Wie verhindert Ihr, dass die Beschäftigten arbeiten, obwohl sie krank sind?

»Obwohl wir eine Beschäftigungssicherung bis Februar 2007 haben, sorgen sich viele Kolleginnen und Kollegen um ihren Arbeitsplatz. Bei manchen geht das so weit, dass sie sogar krank zu Arbeit kommen. Je näher der Termin im Februar rückt, umso größer wird der Druck. Wir sagen allen Grippekranken, dass sie zu Hause bleiben sollen. Wer krank zur Arbeit kommt, steckt doch nur die anderen an«.

Gabriele Luprich, Betriebsratsvorsitzende, WMF, Geislingen

»Der durchschnittliche Krankenstand liegt bei uns mit rund vier Prozent geringfügig über der bundesweiten Quote. Das könnte an den steigenden Belastungen liegen, die etwa durch erhöhten Termindruck oder längere Arbeitszeiten bedingt sind. Dass das zu Lasten der Gesundheit geht, ist nicht weg zu diskutieren. Grippekranken sage ich grundsätzlich, dass sie zu Hause bleiben sollen. Wer mit Fieber arbeitet, tut sich und seinem Körper keinen Gefallen. Ohne die gezielten Aktionen zu Themen wie »Rückenschule« oder dem »betrieblichen Gesundheitszirkel« wäre die Krankenquote wahrscheinlich noch höher.«

Rainer Wagner, Betriebsratsvorsitzender, Heidelberger Druckmaschinen

»Der Krankenstand auf unserer Werft ist etwas höher als im Bundesdurchschnitt. Infolge unseres Zwei- und Drei-Schicht-Systems, längerer Wochenarbeitszeiten und des hohen Leistungsdrucks haben die Kollegen nur geringe Zeiten für die Erholung. Ein Weg des geringsten Widerstands ist sicherlich der Ausweg Krankheit. Aber es ist nur ein Teil der Lösung. Unsere Kollegen sind im Durchschnitt immerhin 48 Jahre alt, da fällt ihnen die Arbeit nicht mehr ganz so leicht. Krankenrückkehrgespräche, die häufig als Druckmittel genutzt werden, gibt es dennoch nicht. Sie bringen uns auch nicht wirklich weiter. Stattdessen wollen wir ein Wiedereingliederungsmanagement. Es hilft erkrankten Kollegen, wieder Fuß zu fassen«.

Manfred Rittgarn, Betriebsratsmitglied, Akerwerft, Rostock

»Der Krankenstand uns ist höher als in anderen Betrieben der Branche. Ich sehe die Arbeitsbedingungen dafür mitverantwortlich, und mit Sicherheit tragen unsere 12-stündigen Schichten nicht zur Absenkung der Krankenquote bei. Im Frühjahr gab es häufiger »Krankenrückkehrgespräche«. Viele fühlten sich dadurch unter Druck gesetzt. Die IG Metall im Betriebsrat lehnen solche Druckmittel ab. Ohnehin stehen gesundheitlich Angeschlagene keine 12-Stunden-Schichten durch. Inzwischen gibt es eine gemeinsame Arbeitsgruppe. Wir hoffen, dass nun die Arbeitsbedingungen genauer analysiert und verbessert werden«

Kerstin Schulzendorf, Betriebsratsmitglied, Infineon Dresden

K R A N K M E L D U N G E N

»Fehlen kann ich mir nicht leisten«

Die Krankenquote in den Betrieben sinkt immer weiter. Aber nicht, weil die Beschäftigten gesünder sind, sondern mit Fieber weiterarbeiten.

Nach Angaben des Bundesministeriums für Gesundheit und Soziale Sicherung meldeten sich in den ersten acht Monaten des laufenden Jahres 3,24 Prozent der Pflichtversicherten Arbeitnehmer krank. Das sind weniger als 13 Krankentage im Jahr. Im Vergleichszeitraum 2005 lag die Quote noch um 0,18 Prozentpunkte höher.

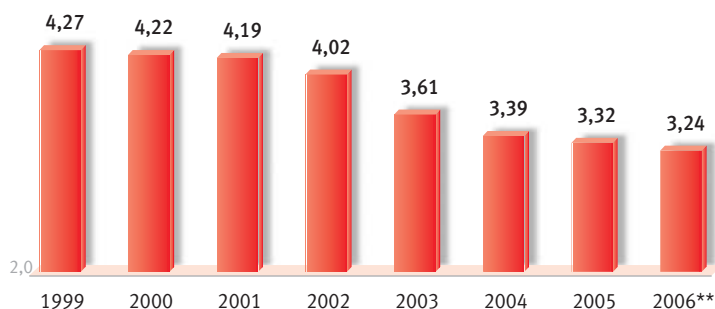
Schon im Vorjahr hatten die Krankmeldungen mit einer Quote von 3,32 Prozent einen historischen Tiefstand erreicht (siehe Grafik). »Der niedrige Krankenstand führt zu einer deutlichen Entlastung der Arbeitgeber durch sinkende Lohnnebenkosten«, hatte das Bundesgesundheitsministerium daher erklärt. In 2004 hatten sich deren Kosten für die Lohnfortzahlung um rund eine Milliarde

Euro reduziert. Die Einsparung geht offenbar zu Lasten vieler Beschäftigter. Insbesondere »Befristete« und Arbeitnehmer, die unmittelbar von Arbeitslosigkeit betroffen sind, hat der »Gesundheitsreport 2005« den Trend analysiert, erschienen häufig »auch dann am Arbeitsplatz, wenn sie krank waren«. Der Report wird jährlich vom Wissenschaftlichen Institut der AOK und der Uni Bielefeld veröffentlicht.

Eine aktuelle Umfrage des Internet-Blogs »Backinjob«, der von der Bundesagentur für Arbeit (BA) betrieben wird, bestätigt die AOK-Analyse. Auf die Frage »Erkältungszeit – gehen Sie krank zur Arbeit?«, antworteten immerhin 48 Prozent der Teilnehmer »Ja, in meinem Job kann ich es mir nicht leisten zu fehlen«. Nur 15 Prozent bleiben »im Bett bis ich wieder gesund bin und meine Kollegen nicht anstecke«. Die restlichen 37 Prozent verhalten sich unterschiedlich.

K R A N K E N S T A N D

Angaben in Prozent*



* Basis: Versicherte in der Gesetzlichen Krankenversicherung; ** Januar bis August

Quelle: BMGS, »Gute Arbeit«

Der niedrigste Krankenstand seit Jahren ist 2006 erreicht worden. Während sich viele Beschäftigte mit Fieber zur Arbeit quälen, sparen die Betriebe auf diese Weise viele Milliarden Euro.

I M P R E S S U M

direkt - Der Infodienst der IG Metall
Herausgeber: Jürgen Peters, Berthold Huber, Bertin Eichler
IG Metall Vorstand, Wilhelm-Leuschner-Straße 79, 60329 Frankfurt am Main
Redaktionsleiter: Werner Hoffmann (verantw. i. S. d. P.), Chefin vom Dienst: Susanne Rohmund
Redaktion: Fritz Arndt, Martina Helmerich, Sylvia Koppelberg, Fabienne Melzer, Antonela Pelivan, Gabriele Prein; Gestaltung: Gudrun Wichelhaus; Bildredaktion: Michael Schinke
Vertrieb: Reinhold Weißmann, Tel.: 0 69/66 93-22 24, Fax: 0 69/66 93-25 38, vertrieb@igmetall.de; Druck: apm AG, Darmstadt
Anzeigen: Patricia Schledz, Tel.: 06151/8127-0, Fax 06151/80 93 98, schledz@zweipius.de
direkt im Internet: www.igmetall.de/direkt
TELEFON DER REDAKTION: 0 69/66 93-26 33 • FAX: 0 69/66 93-20 02 • DIREKT@IGMETALL.DE
Bezugspreis ist mit dem Mitgliedsbeitrag abgegolten

Neues IG Metall-Netzwerk Private Equity

Private Equity-Gesellschaften sind Finanzinvestoren. Sie sammeln Geld ein, um sich damit in Unternehmen einzukaufen und sie später mit Gewinn weiterzuverkaufen. Die Übernahmen werden größtenteils durch Kredite finanziert. Die Zeche müssen die Belegschaften zahlen. Dazu kommen hohe Renditeforderungen. Negativbeispiele hierfür sind der Armaturenhersteller Grohe und der Automobilzulieferer Edscha. Beide wurden gleich zweimal innerhalb weniger Jahre an Finanzinvestoren verkauft und sind dadurch völlig überschuldet.

Doch Beschäftigte und Betriebsräte müssen dem Renditehunger von Finanzinvestoren nicht hilflos ausgeliefert sein. Das ist das Ergebnis des Workshops Private Equity der IG Metall am 22. November. Die Beispiele MAN Roland und insbesondere Kion, ehemals Linde-Gabelstapler, zeigen, dass es auch anders geht: Die Interessen der Beschäftigten können durchaus gewahrt und Arbeitsplätze mit vernünftigen Arbeitsbedingungen gesichert werden.

Das neue Netzwerk Private Equity (PE) ist eine Kommunikationsplattform im Internet, über die sich Betriebsräte vernetzen können und die ihnen Handlungshilfen und kompetente Ansprechpartner bietet: www.PE.igmetall.de

Im Gespräch:

Joachim Hartig, Vorsitzender des Konzernbetriebsrats der Linde-Group, über Handlungsmöglichkeiten von Betriebsräten bei Übernahme durch Finanzinvestoren.

► **direkt: Wie können sich Betriebsräte auf Heuschrecken einstellen?**

Hartig: Wichtig ist, sich des Themas anzunehmen. Ich habe mir in unserem Fall frühzeitig einen Überblick über die Private Equity Szene verschafft. Und der Kontakt zu Babette Fröhlich als Investmentexpertin der IG Metall war an vielen Stellen hilfreich. Außerdem gibt es mittlerweile gute Literatur zum Thema. Aus meiner Sicht entscheidend ist aber, sich vorher klar zu machen, welche Forderungen

aus der Sicht der Belegschaft erfüllt werden müssen.

► **direkt: Worauf müssen Betriebsräte bei Übernahmen achten?**

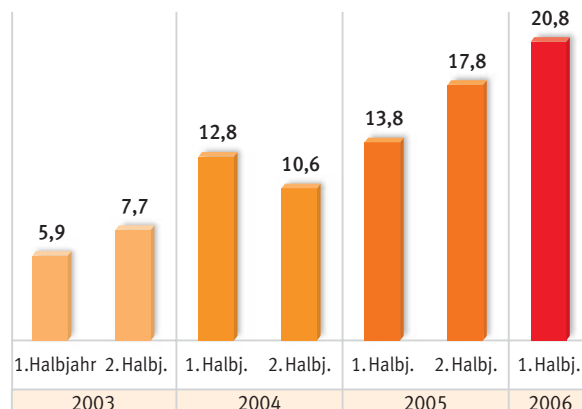
Hartig: Entscheidend ist, die Strategie der Investoren zu kennen. Wesentlich ist der Anteil der Kreditfinanzierung des Kaufs und damit die Schuldenlast für das gekaufte Unternehmen. Außerdem sollte man klare Zusagen über Investitionen, Beschäftigungs- und Standortsicherung einfordern. Doch zuallererst mal muss man sehen, mit welchen Mitteln man möglichst früh Einfluss auf den Verkaufsprozess gewinnen kann.

► **direkt: Beim Verkauf eurer Gabelstapler-Sparte habt ihr Einfluss nehmen können. War das ein Ausnahmefall?**

Hartig: Ja, das war es. Dass alle potentiellen Käufer vor den Arbeitnehmervertretern ihre Konzepte darlegen mussten, hat es noch nicht gegeben. Ich hoffe, dass unser Vorgehen zum Standard wird. Betriebsräte müssen auch in solchen Prozessen der Belegschaft eine Stimme verleihen können. Wir hatten natürlich auch das Glück, dass sich gleich mehrere Private Equity-Konsortien für uns interessiert haben. Da ist es einfacher, Bedingungen durchzusetzen. Doch

AUF EINKAUFSTOUR

Aufkäufe deutscher Unternehmen durch Private Equity-Gesellschaften, in Milliarden Euro



Quelle: Ernst&Young: German Private Equity Activity, Juni 2006

der Trend geht insgesamt hin zu mehr Konkurrenz im Private Equity-Geschäft. Das ist eine Chance für uns als Arbeitnehmer.

► **direkt: Welche Druckmittel haben Betriebsräte?**

Hartig: Ich denke, wer sich in solch einen Prozess einmischen will, braucht einen guten Rückhalt in der Belegschaft. Dazu gehört natürlich auch ein hoher gewerkschaftlicher Organisationsgrad. Das ist ganz wichtig. Wer wirksam Druck machen will, muss im Ernstfall auch handeln können.

► *»Wer sich in einen solchen Prozess einmischen will, braucht einen guten Rückhalt in der Belegschaft. Dazu gehört natürlich auch ein hoher gewerkschaftlicher Organisationsgrad.«*

Extranet

Wenn kapitale Firmenjäger kommen

Finanzinvestoren kaufen immer häufiger Firmen auf. Sie haben selten ein Gesicht, versprechen hohe Renditen, bauen Unternehmen um, zerstückeln, belasten sie mit hohen Schulden und haben nur ein Ziel: verkaufen und Profit machen. Eine Menge Informationen zu Finanzinvestoren, Private Equity-Firmen und Hedge Fonds bietet das **Extranet**, das Info-Portal für Aktive der IG Metall: Wir erklären alles rund um Kapitalbeteiligungsgesellschaften, liefern Präsentationen, die auf zwei Workshops der IG

Metall vorgestellt wurden, verweisen auf Presseartikel, stellen Studien zum Herunterladen bereit, nennen Firmen, bieten Zitate, dokumentieren Reden, Stellungnahmen und Forderungen der IG Metall. Und damit sich Betriebsräte und Kollegen austauschen und Gegenwehr organisieren können, gibt es zusätzlich ein Netzwerk der IG Metall. Das Extranet weist den Weg dorthin.

Noch nicht angemeldet? Kein Problem. Einfach mal reinschauen. Es geht ganz einfach.

► **Extranet:**

Das Extranet bietet einen täglichen Infodienst der IG Metall. Er weist auf Neuigkeiten hin, empfiehlt interessante Presseberichte, präsentiert eine Infografik und stellt neue Entscheidungen aus dem Arbeits- und Sozialrecht vor.

Extranet: extranet.igmetall.de

Erstanmeldung: extranet.igmetall.de/erstanmeldung

Arbeit los? – Es gibt

Sackgasse Niedriglöhne

Die Hartz-Gesetze haben zwar keine zusätzliche Beschäftigung bewirkt, aber das Heer von Billigjobbern ausgeweitet. In Zukunft soll es noch weiter anwachsen.

Im September hat der »Sachverständigenrat zur Begutachtung der gesamtwirtschaftlichen Entwicklung« (SVR) das bestellte Gutachten zur Reform des Arbeitslosengelds II vorgelegt. Es empfiehlt großzügigere Zuverdienst-Möglichkeiten, einen noch niedrigeren Arbeitslosengeld-Satz und schärfere Sanktionen. Auf diese Weise sollen »Anreize zur Schaffung neuer Stellen im Niedriglohnbereich« ermöglicht werden.

Dabei haben die Hartz-Gesetze längst ein Heer prekär Beschäftigter geschaffen – ohne dass die Arbeitslosen nennenswert weniger geworden sind. Rund 500 000 Zeitarbeiter schuften für ein mickriges Entgelt, 600 000 Ein-Euro-Jobber und 6 Millionen Minijobber. Im Bereich der IG Metall, hat Nordrhein-Westfalens IG Metall-Bezirksleiter Detlef Wetzel registriert, sei jeder

»Die Politik stellt große Teile der Bevölkerung auf die Schattenseite der Gesellschaft.«

vierte Beschäftigte unter 30 befristet oder als Leiharbeiter tätig. Damit stelle die Politik »große Teile der Bevölkerung auf die Schattenseite der Gesellschaft«.

Noch schlimmer sind diejenigen dran, die der Arbeitsmarkt ganz ausgespuckt hat. So muss ein Hartz-IV-Empfänger mit 345 Euro durch den Monat kommen. Die Bundesagentur für Arbeit spart dafür Milliarden ein – auf dem Rücken Erwerbsloser.

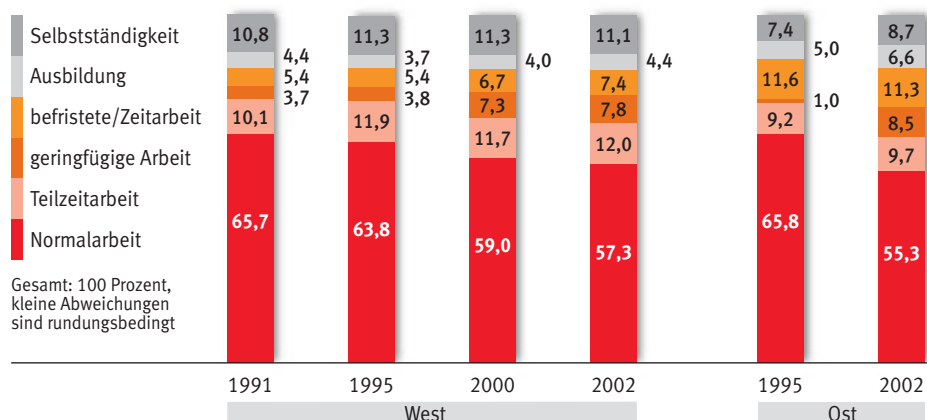
Es wird höchste Zeit, dass in der Arbeitsmarktpolitik umgesteuert wird. Alle Menschen haben ein Recht auf Erwerbsarbeit, und zwar zu Existenz sichernden Löhnen.

Berliner Politik, Berliner Pläne

- ▶ Die Niedriglohnbereiche sollen noch weiter ausgedehnt werden, beispielsweise über Kombilöhne.
- ▶ Das Arbeitslosengeld soll weiter gesenkt, dafür Arbeitslosen höhere Zuverdienste erlaubt werden.
- ▶ Arbeitslose, die Arbeitsangebote ablehnen, sollen härter bestraft werden. So empfiehlt der Sachverständigenrat, das Arbeitslosengeld um 30 Prozent zu kürzen.
- ▶ Schon heute liegt das Arbeitslosengeld II mit monatlich 345 Euro erheblich unter dem Existenzminimum. Im Unterhaltsrecht werden Unterhaltszahlern, zum Vergleich, 840 Euro monatlich zugestanden.
- ▶ Die Hartz-Gesetze haben bewirkt, dass 17 Prozent der früheren Arbeitslosenhilfe-Bezieher heute leer ausgehen.
- ▶ Arbeitslose müssen aufgrund der verschärften Zustimmungbarkeitsregelungen fast jeden Job annehmen und wirken auf diese Weise als Lohndrücker.
- ▶ Erwerbslose Jugendliche unter 25 Jahren müssen wieder bei den Eltern wohnen und erhalten 69 Euro weniger Arbeitslosengeld.

IMMER MEHR BEFRISTETE UND SCHLECHT BEZAHLTE ARBEIT

Wie sich die Arbeit in West- und Ostdeutschland entwickelt hat (Anteile in Prozent)



Vor 15 Jahren waren noch 2 Drittel der Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer sozialversicherungspflichtig und Vollzeit beschäftigt. Heute sind es nur noch gut die Hälfte. Immer mehr Stellen sind nur befristet, in Ostdeutschland sind es schon über 11 Prozent – Familienplanung wird so für viele junge Leute fast unmöglich. Auch die geringfügige Arbeit nimmt zu und damit die Zahl derer, die Armutslöhne erhalten, von denen niemand leben kann.

Statt Billigjobber **Existenz sichernde Löhne**

Unsere Alternativen

- ▶ Um Armutslöhne zu vermeiden, müssen mindestens die untersten Tariflöhne (oder ortsüblichen Löhne) gezahlt werden. Wo es keine Tarifverträge gibt, müssen Beschäftigte Anspruch auf einen gesetzlichen Mindeststundenlohn von 7,50 Euro erhalten.
- ▶ Das Arbeitslosengeld I für Ältere muss wieder länger gezahlt werden – aber nicht zu Lasten der Jüngeren, wie die CDU plant.
- ▶ Arbeitsbedingungen und Qualifizierungen müssen Älteren ermöglichen, länger im Betrieb zu bleiben. Zugleich sind Nachfolgeregelungen für das 2009 auslaufende Altersteilzeit-Gesetz notwendig.
- ▶ Das Arbeitslosengeld II muss armutsfest gemacht werden, zum Beispiel mit einem Regelsatz von 420 Euro monatlich, den die Sozialverbände fordern.
- ▶ Ein öffentliches Investitionsprogramm gegen Arbeitslosigkeit ist nötig, das die Konjunktur stärkt statt die öffentlichen Einrichtungen kaputt zu sparen. Die staatlichen Investitionen müssen mindestens auf das europäische Durchschnittsniveau angehoben werden, das heißt: jährlich um 20 Milliarden Euro steigen.

Programm für mehr Arbeit

Die IG Metall fordert ein öffentliches Zukunftsinvestitionsprogramm. Das Geld soll in die öffentliche Infrastruktur fließen, vor allem in die Bildung, Kinderbetreuung, Gesundheit, den Umweltschutz und die Verkehrssysteme.

Ein solches Programm könnte die Konjunktur beleben, Arbeitsplätze schaffen und öffentliche Einrichtungen – wie Schulen – verbessern. Eine Simulationsrechnung der Hans-Böckler-Stiftung ergab: Wenn der Staat 20 Milliarden Euro zusätzlich investieren würde, entstünden schon im ersten

Mehr öffentliches Geld für Schulen, Kindergärten und Zukunftsinvestitionen schafft mehr Jobs.

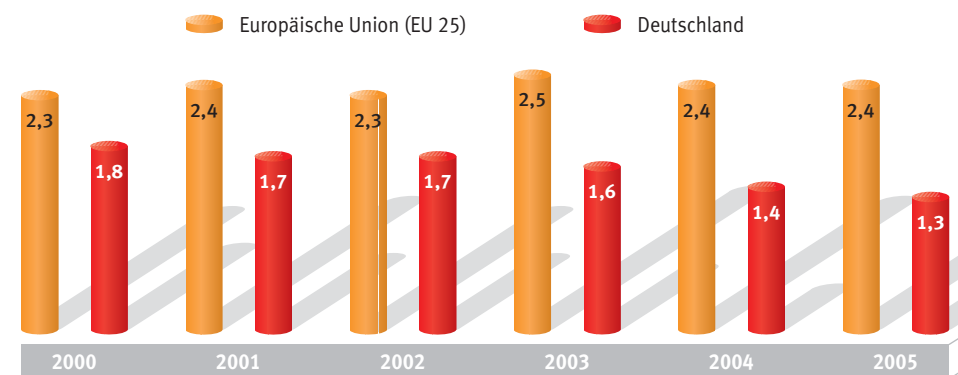
Jahr 200 000 neue Arbeitsplätze. Wenn es statt 20 Milliarden 40 Milliarden Euro wären, die Konjunktur außerdem durch die Zinspolitik, zusätzliche öffentliche Beschäftigung und deutliche Lohnerhöhungen unterstützt würde, könnten im ersten Jahr eine halbe Million, im vierten 1,3 Millionen und im zehnten 1,6 Millionen zusätzliche Stellen entstehen.

SO PLANT DIE REGIERUNG

- ▶ Derzeit berät die Arbeitsgruppe »Niedriglohnsektor« im Bundesministerium für Arbeit und Soziales. Sie soll Vorschläge über Kombi-Modell-Modelle entwickeln, die spätestens Anfang 2007 vorgelegt werden.
- ▶ Parallel dazu bewerten Wissenschaftler im Auftrag des Arbeitsministeriums die Instrumente von Hartz I bis Hartz III und schlagen Maßnahmen vor. Ihr Bericht wird Anfang 2007 vorliegen.

DEUTSCHER STAAT GEIZT BEI INVESTITIONEN

Anteil der öffentlichen Investitionen am Bruttoinlandsprodukt (BIP) in Prozent, in der Europäischen Union und in Deutschland



Quelle: Eurostat

Andere europäische Länder hatten in den vergangenen Jahren ein höheres Wachstum und eine geringere Arbeitslosenquote als Deutschland. Einen Grund sehen Wissenschaftler darin, dass sie die Konjunktur durch öffentliche Investitionen stützten. In Frankreich und den Niederlanden zum Beispiel machten öffentliche Investitionen 3,2 Prozent des Bruttoinlandsprodukts aus, in Deutschland sanken sie auf magere 1,3 Prozent.

Die Sozialversicherungen in Deutschland basieren auf dem Prinzip der Solidarität. Dieses Grundprinzip des menschlichen Zusammenlebens, das sich in ge-

gen hängt in der gesetzlichen Krankenversicherung nicht von den eingezahlten Beiträgen ab, sondern richtet sich nach der individuellen Bedürftigkeit – anders

ein Verschuldensprinzip einzuführen. So sollen Folgekosten von Piercings oder Tätowierungen nicht mehr übernommen werden. Diskutiert wird auch, die Kosten selbst verschuldeter privater Unfälle zu streichen und Krebskranke, die nicht regelmäßig zur Vorsorge gehen, mehr zuzahlen zu lassen. Nächste Schritte könnten sein, Raucher, Übergewichtige und andere Menschen, deren Lebensweise mit höheren Gesundheitsrisiken verbunden sind, mit höheren Eigenanteilen zu bestrafen; ► durch die Möglichkeit für die sozial Stärksten, die Solidargemeinschaft der Krankenversicherten zu verlassen, sich privat zu versichern und bessere Leistungen zu erhalten (2-Klassen-Medizin) – eine »in Europa einmalige Besonderheit« (Gesundheitsexperte Professor Karl Lauterbach) und ► dadurch, dass das System einseitig durch Löhne und Gehälter (und Renten im Gesundheitssystem) finanziert wird, andere Einkommensquellen, wie Zins- und Kapitaleinkünfte und Einkommen aus selbstständiger Arbeit, außen vor bleiben.

... solidarisches Sozialsystem

»In der Bevölkerung (gibt es) nach wie vor einen breiten Konsens für das Solidarprinzip... Die mit dem Solidarprinzip verbundenen finanziellen Umverteilungsmechanismen ... werden von der großen Mehrheit als durchweg gerecht empfunden.«

(Repräsentative Bevölkerungs-Umfrage, Gerd Marstedt, »Gesundheitsmonitor«)

gegenseitiger Unterstützung und Hilfe äußert, bedeutet für die Sozialversicherungen: Die zu versichernden Risiken werden von allen Versicherten gemeinsam getragen.

► Die Beiträge richten sich nach der finanziellen Leistungsfähigkeit der Versicherten; gut Verdienende zahlen mehr als Menschen mit geringem Einkommen. Dadurch, dass die Arbeitgeber sich (zur Hälfte) an der Finanzierung beteiligen, sind sie in die Solidargemeinschaft einbezogen.

► Die nicht Bedürftigen unterstützen durch ihre Beiträge Bedürftige: Erwerbstätige die Rentner und Arbeitslosen, (berufstätige) Gesunde die Kranken, Pflegebedürftigen, kranke Kinder und nicht erwerbstätige Familienangehörige.

► Die Höhe und Dauer der Leistun-

als bei der privaten Krankenversicherung, in der die Leistungen von der individuellen Beitragshöhe abhängen. (Aber auch in der Renten- und Arbeitslosenversicherung orientieren sich die Leistungen daran, wie lange und in welcher Höhe Beiträge gezahlt wurden.)

Durch die Reformen der vergangenen Jahrzehnte wurde das Solidarprinzip vielfach durchbrochen:

► durch die wachsenden Zuzahlungen im Gesundheitswesen, die nur die betroffenen Kranken selbst zahlen müssen und die für alle gleich hoch sind, unabhängig vom Einkommen (bis zu einer bestimmten Belastungsgrenze);

► durch die Pläne, Kostenübernahmen in der Krankenversicherung nicht mehr nur von der Bedürftigkeit abhängig zu machen, sondern

ARBEITSLOSE

Neue Anweisung

Arbeitslosengeld nach Transfergesellschaft: Nachteile durch die geänderte Dienstanweisung der Bundesagentur für Arbeit haben nur Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer, die beim Wechsel in eine Beschäftigungsgesellschaft ein niedrigeres Entgelt vereinbaren als sie beim früheren Arbeitgeber hatten.

Verwirrung gab es über Informationen über das Arbeitslosengeld nach einer Beschäftigung in einer Transfergesellschaft (auch in direkt 20). Die Bundesagentur für Arbeit hat ihre Dienstanweisung für die Bemessung von Arbeitslosengeld geändert. In der Vergangenheit wurde das Arbeitsentgelt zugrunde gelegt, dass der Arbeitnehmer oder die Arbeitnehmerin vorher bei seinem ehemaligen Arbeitgeber erzielt hatte. Seit Mai gilt: Bemessungsgrundlage fürs Arbeitslosengeld ist das in der Transfergesellschaft erzielte Entgelt.

Wichtig für Arbeitnehmer ist deshalb, dass in Arbeitsverträgen mit Transfergesellschaften das gleiche Bruttoentgelt wie beim vorherigen Arbeitgeber vereinbart wird – um später im Falle einer Arbeitslosigkeit keine Nachteile zu haben.

KURZ NOTIERT

► **Eingetragene Lebenspartnerschaften von Schwulen oder Lesben sind in Niedersachsen ab sofort Eheschließungen tarifvertraglich gleichgestellt.** Das haben IG Metall-Bezirksleitung und der Verband der Metallindustriellen Niedersachsens mit einer Änderung des Manteltarifvertrags vereinbart. Ab sofort haben homosexuelle Beschäftigte Anspruch auf bezahlte Freistellung bei Eheschließung und Tod des Partners. »Damit sind wir in Niedersachsen bundesweit die ersten, die die tarifvertraglichen Regelungen nach den Vorgaben des Allgemeinen Gleichbehandlungsgesetz (AGG) umsetzen«, stellt Bezirksleiter Hartmut Meine fest.

► **Vorschläge, die Ausbildungsgänge für Büroberufe zu verkürzen, gehen an den Anforderungen in der kaufmännischen Verwaltung vorbei**, erklärt Regina Görner,

Vorstandsmitglied der IG Metall. Die vom Kuratorium der Wirtschaft für Berufsbildung vorgeschlagene »Servicefachkraft für Bürowirtschaft« soll nur noch Organisations- und Schreivarbeiten leisten. Görner sieht darin auch eine Diskriminierung von Frauen. Sie stellen 72 Prozent der über 4 Millionen Bürobeschäftigten in Industrie und Handel.

► **Nach dem Vorbild der Konzernmutter SAP fanden jetzt auch bei der Tochter SAP Landesgesellschaft Deutschland Betriebsratswahlen statt.** Bei dem Urnengang am 1. Dezember ging es um die Vergabe von 23 Betriebsratsmandaten eines bundesweiten zentralen Betriebsrats. 3 Kandidatenlisten – unter anderem mit Angehörigen der »CGM« – standen zur Wahl. Aufgerufen waren rund 3100 Beschäftigte an neun Standorten. Wahlbeteiligung: 53 Prozent.

BETRIEBSRENTE

Erwerber muss Anpassung prüfen

Es ist Aufgabe des Arbeitgebers, alle 3 Jahre zu überprüfen, ob die Betriebsrenten an die Preisentwicklung angepasst werden müssen. Das schreibt § 16 des Gesetzes zur betrieblichen Altersversorgung vor. Nach einem Betriebsübergang ist dies die Pflicht des Betriebserwerbers. Der Betriebsveräußerer muss für den Teuerungsausgleich nur dann eintreten, wenn er sich dazu gesondert vertraglich verpflichtet hat.

Innerhalb eines Konzerns kommt eine Ausfallhaftung nur in Betracht, wenn das andere Konzernunternehmen Existenz vernichtend in das Vermögen der Gesellschaft eingegriffen hatte, die im Streitfall zuständig für die Betriebsrenten ist. Existenz vernichtend ist ein Eingriff dann, wenn der Betrieb seinen Verpflichtungen nicht mehr nachkommen kann.

Wird das Insolvenzverfahren über das Vermögen eröffnet, bestehen für die Betriebsrentner nur Ansprüche gegen den Pensionsversicherungsverein. Für Ausfallhaftungsansprüche hat der Insolvenzverwalter zu sorgen.

BAG vom 28. Juli 2005 – 3 AZR 463/04

BETRIEBSRATSWAHL

Abbruch nur bei schneller neuer Wahl

Eine einstweilige Verfügung auf Abbruch einer Betriebsratswahl kommt grundsätzlich nur in Frage, wenn die Wahl wegen schwerwiegender Verstöße als nichtig anzusehen ist. Im Einzelfall kann auch ein Wahlabbruch angeordnet werden, wenn eine Anfechtung mit Sicherheit erfolgreich wäre. Die Belegschaft darf allerdings nicht für eine erhebliche Zeit keinen Betriebsrat haben. Eine derart geringfügige betriebsratslose Zeit liegt vor, wenn der Betriebsrat nur aus einer Person besteht und darum im vereinfachten Wahlverfahren gewählt werden kann.

LAG Hamburg vom 26. April 2006 – 6 TaBV 6/06

BETRIEBSÜBERGÄNGE

Widerspruchsfrist gilt ab Benachrichtigung

Arbeitnehmer können dem Übergang ihrer Arbeitsverhältnisse auf einen Betriebserwerber widersprechen (§ 613 a Abs. 6 BGB). Die Widerspruchsfrist von einem Monat setzt eine ordnungsgemäße Benachrichtigung über den Betriebsübergang voraus. Eine unterbliebene oder fehlerhafte Unterrichtung führt also nicht zum Fristbeginn.

Nicht erforderlich ist es, die einzelnen Arbeitnehmer individuell zu informieren. Es reicht ein Standardschreiben mit schlagwortartigem Schildern der Umstände des Betriebsübergangs. Dieses muss aber verständlich formuliert sein. Benannt werden müssen:

- Firmenbezeichnung und Anschrift des Übernehmers,
- Gegenstand des Übergangs,
- Rechtsgrund für den Betriebsübergang (wie Kauf oder Pacht),
- unternehmerische Gründe,
- rechtliche Folgen, wie: Eintritt des Erwerbers in die Arbeitsverhältnisse, gesamtschuldnerische Haftung, kündigungsrechtliche Situation, kollektiv- oder individualrechtliche Anwendbarkeit tariflicher Normen und
- mittelbare wirtschaftliche und soziale Folgen des Betriebsübergangs, wie: bereits konkret geplante Sozialplanrechte für Arbeitnehmer, die ihr Widerspruchsrecht ausüben.

Bei fehlerhafter Information über Rechtsfragen ist die Unterrichtung aber dann nicht unwirksam, wenn der Arbeitgeber die Rechtslage gewissenhaft geprüft und einen vertretbaren Rechtsstandpunkt eingenommen hat.

Der Widerspruch ist auch noch nach dem Betriebsübergang möglich, wenn zum Beispiel eine korrekte Unterrichtung durch den Arbeitgeber erst verspätet erfolgt ist. Das Arbeitsverhältnis zum alten Arbeitgeber besteht unverändert fort. Es ist aber kündbar, wenn keine Weiterbeschäftigungsmöglichkeit bei ihm besteht.

BAG vom 13. Juli 2006 – 8 AZR 303/05 u. 305/05

SCHULUNGEN

Mobbing ist Thema für den Betriebsrat

An einem Mobbing-Seminar teilzunehmen, ist für einen Betriebsrat erforderlich, wenn erste Anzeichen für systematische Schikane durch Kollegen oder Vorgesetzte erkennbar sind. Droht ein Vorgesetzter einem Arbeitnehmer, den Lohn zu kürzen, wenn er sein Arbeitsverhalten nicht ändert, kann das eine Mobbing-Situation sein, die eine Schulung erfordert. Besteht eine aktuelle Konfliktlage, muss der Betriebsrat mit einer Mobbing-Schulung nicht warten, bis eine Verletzung des allgemeinen Persönlichkeitsrechts, der Ehre oder Gesundheit des Arbeitnehmers eingetreten ist.

LAG Hamm vom 7. Juli 2006 – 11 Sa 1283/05

BETRIEBSRATSARBEIT

Freizeitausgleich für Reisen

Muss ein Betriebsratsmitglied außerhalb der regelmäßigen Arbeitszeit verreisen, um seine Aufgaben zu erledigen, kann er zum Ausgleich einen Anspruch auf bezahlte Arbeitsbefreiung haben (§ 37 Abs. 3 Satz 1 BetrVG). Ob und in welchem Umfang ein Anspruch besteht, richtet sich nach den im Betrieb geltenden tariflichen oder betrieblichen Regelungen für Dienstreisen.

BAG vom 21. Juni 2006 – 7 AZR 389/05

URLAUB

Keine freien Tage im Vorgriff auf Folgejahr

Für den gesetzlichen Urlaubsanspruch gilt der Grundsatz (§ 7 Abs. 3 Bundesurlaubsgesetz), dass Urlaub im laufenden Kalenderjahr abgewickelt werden muss und nur beschränkt aufs Folgejahr übertragbar ist. Urlaub im Vorgriff aufs nächste Jahr ist ebenso unzulässig wie im Vorjahr zuviel gewährte Freizeit auf den Urlaub des nächsten Jahres anzurechnen.

BAG vom 11. Juli 2006 – 9 AZR 535/05

► **Buchtipp:**
Neu im Bund-Verlag:
»Allgemeines Gleichbehandlungsgesetz«,
Basiskommentar zu
den arbeitsrechtlichen
Regelungen.
Autorinnen: Christiane
Nollert-Borasio (Rich-
terin am Arbeitsge-
richt München) und
Martina Perreng (Re-
feratsleiterin für Ar-
beitsrecht beim DGB-
Bundesvorstand).
210 Seiten. 24,90 Euro.

PREISE

► Dem Schreibgerätehersteller Faber-Castell ist der **»Preis der Arbeit 2006«** zugesprochen worden. Die Auszeichnung würdigt das Engagement von Unternehmen, die gesellschaftliche Verantwortung ernst nehmen und für ein ökologisches und sozial gesundes Umfeld sorgen. Ein Publikumspreis ging an die südbadischen Elektrizitätswerke Schönau. Träger des Preises, der am 30. November in Berlin vergeben wurde, sind »Verdi-Publik«, »Einblick«, »BUND-Magazin«, »Vorwärts« »Die Verbraucher« und »taz«. Mehr Infos: (www.preis-der-arbeit.de).

MUSIK

► **»Kultur Zeit Kultur – Emotionen«** ist ein Mitschnitt der langen Kulturturnacht 2005 im IG Metall-Bildungszentrum Beverungen. Eine CD zum Mitsingen, Zuhören und Tanzen. Zu bestellen im Internet: wbs.schule@igmetall.de

MATERIAL

► **Die Branchenanalyse der Automobil-Zuliefererindustrie 2006** ist jetzt lieferbar. Die Branche hat einen Gesamtumsatz von 68,3 Milliarden Euro und gehört zu den größten Nettoexporteuren. Die Branchenanalyse der IG Metall bietet einen Überblick über Daten und Fakten der Unternehmen, die Strukturen und die Perspektiven. 2 Teile. Herunterladen unter: www.igmetall.de ►Branchen ►Automobil ►Automobilindustrie

► **100 Jahre Mannheimer Abkommen stehen für die wechselvollen Beziehungen von Gewerkschaften und SPD.** Den Jahrestag würdigt die Verwaltungsstelle Mannheim (in Zusammenarbeit mit dem Sozialdemokratischen Bildungsverein Mannheim e.V.) mit einer umfang-

reichen Broschüre, die das Verhältnis historisch aufarbeitet. Zu beziehen über den Buchhandel (ISBN: 3-938031-21-2).

► **Rente mit 67 ist Betrug am Leben** heißt das Motto auf 4 Plakativmotiven der IG Metall. Sie sind in DIN A 4 und DIN A 3 erhältlich. Die Plakate sind ab sofort über die Verwaltungsstellen der IG Metall zu bestellen.

ZITATE

»Die Unternehmen blicken optimistisch ins neue Jahr.«

Das Institut der deutschen Wirtschaft über die Wirtschaftsaussichten

»Wir werden Kannegießer an seine Versprechen erinnern.«

Jürgen Peters zur Aussage des Gesamtmetall-Chefs, die Arbeitgeber würden die Beschäftigten am spürbaren Aufschwung der Wirtschaft beteiligen

»Es ist Zeit für Mut, die Spirale nach oben zu drehen.«

SPD-Chef Franz Müntefering über höhere Lohnzuwächse in der kommenden Tarifrunde

STUDIERENDE

► **Das Hochschulinformationsbüro der IG Metall Braunschweig** sammelt Informationen über gewerkschaftliche Aktionen für Studierende. Die Dokumentation der Beispiele wird in der Diskussion über ein Konzept zur Studierendenarbeit der IG Metall berücksichtigt werden. Der Fragebogen dazu: <http://intern.hib-bezirksprojekt.de>

BÜCHER

► **Gesundheit:** »Jeder bekommt in Deutschland die Versorgung, die medizinisch notwendig ist«, sagen Politiker – und haben Unrecht. Wie der Alltag aussieht, zeigen die Reportagen der WDR-Redakteurin. *Sybille Herbert: »Diagnose: unbezahlbar. Aus der Praxis der Zweiklassenmedizin«.* Kiepenheuer & Witsch, 18,90 Euro.

► **Recht:** Ein neu vorgelegter Handkommentar befasst sich erstmals umfassend mit dem Arbeitnehmererfindungsrecht, dem Arbeitnehmer-Urheberrecht und dem betrieblichen Vorschlagswesen. *Brent Schwab: »Arbeitnehmererfindungsrecht«. Handkommentar.* Nomos Verlag, 49 Euro.

STUDIENREISEN

Die Gewerkschaft der Industriearbeiter Vietnams und die Friedrich-Ebert-Stiftung bieten eine Studienreise nach Vietnam an. Der Termin ist noch offen: entweder 31. März bis 14. April 2007 oder 26. Dezember 2007 bis 8. Januar 2008. Auf dem Programm: Besichtigung von Betrieben und sozialen Einrichtungen. Mehr Infos zur Reise bei: walterweller@t-online.de Telefon: 030/7466889 oder bei horst.kuesters@netcologne.de Telefon: 021/881330.



Foto: Jörg Lantelme

Nur einer sollte mit 67 Jahren noch arbeiten.